



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Hitlers Politik der Ehre und der Gerechtigkeit

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

es sich nicht um eine Aufrüstung Deutschlands, sondern nur um die vorberatene allgemeine Beschränkung der Rüstungen handeln könnte und daß diese dem Forum des Völkerbundes nicht entzogen werden dürfte. Frankreich gewann dadurch diplomatisches Gelände zurück und konzentrierte seine Politik, von seinen beunruhigten Freunden im Donauraum dicht gefolgt, wieder eng um seine Genfer Hauptstellung. Es war nicht gewillt, von seinen Sicherheitsforderungen abzuweichen.

Durch die nun einsetzende Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich ist das Problem der Abrüstung, das sich durch all die Jahre wie ein Drache im Zwielicht der Konferenzen hingewälzt hatte, auf einen Schlag in das helle Licht des Tages gerückt worden. Seiner technischen Verkleidung entblößt, enthüllte es sich jetzt als die politische Grundfrage des neu zu ordnenden Statuts Europas. Es handelte sich also nicht mehr um eine scheinbare, durch Klauseln gesicherte Abrüstung der Vertragsherren von Versailles, sondern um die Durchführung des Prinzips der Gleichberechtigung, das in Versailles verleugnet worden war.

Aber auch das hätte nicht genügt, der profanen Welt die grundlegende Bedeutung dieser diplomatisch verzauberten Dinge sichtbar zu machen. Sie mußten erst aus dieser Verzauberung erlöst werden. Das hat Adolf Hitler getan, indem er die Stellung Deutschlands zu diesem Problem in seinen großen öffentlichen Rundgebungen zur Reichstagswahl verdeutlichte. Da behandelte er die Frage nicht technisch, sondern stellte sich auf den natürlich gewachsenen Boden und forderte einfach Gerechtigkeit. Da verwarf er den Artikel 231 des Vertrages von Versailles, der Deutschland zum Angreifer gestempelt hat, um daraus die Diskriminierung Deutschlands abzuleiten, als unvereinbar mit der Ehre der deutschen Nation und verlangte das Recht auf Sicherheit, die die anderen einseitig für sich in Anspruch nahmen, nun auch für Deutschland. Vierzehn Jahre einseitiger Vertragsanwendung hatten dem Kanzler das moralische Recht gegeben, so zur Welt zu sprechen.

Es ging also nun um eine Gleichberechtigung, die nicht mehr von Verträgen, sondern von natürlichen Rechten ihren Ursprung nahm und am 11. Dezember 1932 anerkannt worden war.

Der Vertrag von Versailles wurde somit von Deutschland nicht zur Revision vorgelegt, sondern voll ausgeschöpft und ein neuer Weg gesucht, nachdem alle Versuche gescheitert waren, auf ihn gestützt, die Vertragsherren zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung anzuhalten. Das Problem mußte nach Deutschlands Ansicht nun auf dem Fuße der Gleichberechtigung, und zwar sowohl in bezug auf die Rüstung als auch in bezug auf die Sicherheit und das Verfahren, gelöst werden. Führte dies zahlenmäßig und technisch zu einer Aufrüstung Deutschlands, so lag das lediglich an der ihm einst vorgeschriebenen Entwaffnung. Die Wiederbewaffnung Deutschlands ergab sich also folgerichtig aus der Beseitigung der ihm auferlegten Diskriminierung und dem von den ehemaligen Siegerstaaten aufrechterhaltenen hohen Rüstungsstand.

Die vorzunehmende Beschränkung der Rüstungen lag daher auf einer mittleren Plattform, die von den stark gerüsteten Mächten im Abstieg, von dem schwachgerüsteten Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten im Aufstieg gewonnen werden mußte. Im Falle einer Einigung ergab sich daraus, aufs Ganze gesehen, eine Beschränkung der Rüstungen, die den Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit entsprach, die Sicherheit tunlichst wahrte und den geographischen Bedingungen jedes einzelnen Landes angepaßt werden konnte, wie dies im achten Artikel der Gründungsakte des Völkerbundes vorgesehen worden war. Hält man sich dies alles klar vor Augen, so wird man instand gesetzt, den Dingen auf den Grund zu blicken.

*

Der Schriftwechsel zwischen Deutschland und Frankreich zog sich durch Monate hin und wurde durch englisch-deutsche und englisch-französische Auseinandersetzungen ergänzt. Er wird am besten von dem französischen Hauptstück, einem „Aide-mémoire“, aus besprochen, das Frankreich am 1. Januar 1934 als Antwort auf Hitlers Angebot in Berlin überreichte, denn in diesem Schriftstück ist alles enthalten, was den Mächten Beschwerde machte. Die französische Regierung erklärte eingangs dieser „Gedächtnishilfe“, daß sie von Hitlers Angebot, mit allen Anrainern Nichtangriffspakte abzuschließen, sehr